



Berlin, 16. Juni 2011

Pressemitteilung

ASF Berlin fordert: Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen gesetzlich durchsetzen!

Anlässlich der diesjährigen Landesfrauenkonferenz unter dem Motto „Berlin – Stadt der Frauen“ erklärt die Landesvorsitzende der ASF Berlin, Dr. Eva Högl:

Trotz des Verbots der unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierung erhalten Frauen nach wie vor weniger Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Der inzwischen jährlich stattfindende Equal Pay Day trägt dazu bei, die Bevölkerung für dieses anhaltende Problem zu sensibilisieren. Er markiert den Zeitraum den berufstätige Frauen in Deutschland über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um das durchschnittliche Vorjahresgehalt der Männer zu erlangen. 2011 ist der Equal Pay Day am 25. März. Die ASF Berlin wird morgen um 10.30 Uhr vor dem Brandenburger Tor präsent sein, um auf dieses wichtige Datum aufmerksam zu machen.

Doch mit solchen Aktionen und tariflichen Regelungen allein kann der negativen Entwicklung im Entgeltbereich nicht entgegengewirkt werden. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, wie sie jetzt in einer Resolution von der Landesfrauenkonferenz der ASF gefordert wurde und in einem Eckpunktepapier von der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestag vorgestellt wurde. Gerade Frauen sind in Branchen beschäftigt, die oftmals keine Tarifbindung aufweisen. Das gilt vor allem für den Dienstleistungsbereich.

Der Staat kann der mangelhaften Umsetzung der Entgeltgleichheit nicht weiter tatenlos zusehen. „Freiwillige Vereinbarungen“ haben die Lage für die Frauen nicht verbessert. Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen ausgeführt werden, sind nach den gleichen Kriterien zu bewerten wie Tätigkeiten, die überwiegend von Männern ausgeführt werden. Es muss endlich Schluss sein mit der ungleichen Bezahlung am Arbeitsplatz!